

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

kurz zusammengefasst: die Lage ist bescheiden. Und beinahe noch schlimmer: es gibt wenig Hoffnung auf baldige Besserung. Die angespannte Haushaltssituation ist etwas, das wir absehbar für die nächsten Jahre mit uns herumschleppen und irgendwie meistern müssen.

Das Missverhältnis unseres Verwaltungshaushaltes zur Zuführung zum Vermögenshaushalt wurde schon ausführlich dargestellt. Die Gründe für die weit überdurchschnittlichen laufenden Aufwendungen sind vielfältig und nicht neu. Wir beklagen das alle fraktionsübergreifend seit Jahren, ohne dauerhaftes Einsparpotenzial in größerem Umfang nennen zu können.

Ein Punkt, der seit diesem Jahr erschwerend dazukommt und in den kommenden Jahren wohl noch stärker ins Gewicht fallen wird, sind die gestiegenen Energiepreise. Da zahlen wir – das muss man so deutlich sagen – auch die Zeche für die Fehlentscheidungen in der Vergangenheit. Oft genug hätten Baumaßnahmen mit vertretbarem zusätzlichem Aufwand energiesparender und damit mit weniger laufenden Folgekosten ausgeführt werden können. Und in den allermeisten Fällen wurde genau das unterlassen – meist mit dem Hinweis auf Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die eine objektive Entscheidung ermöglichen sollten und die dazu geführt haben, dass wir gerade mal die gesetzlichen Mindeststandards eingehalten haben.

Grundlage dieser Berechnungen war ein über viele Jahre konstanter bzw. nur moderat und allmählich steigender Energiepreis. Das war schlichtweg zu blauäugig, auch wenn die aktuellen Entwicklungen in dem Ausmaß nicht vorhersehbar waren.

Mitentscheidend war aber sicher auch eine gewisse Bequemlichkeit im Denken: Gas war günstig, immer verfügbar, galt vielen als sauber, einfach in Handhabung und Unterhalt und vor allem lange erprobt.

Das maximale Zugeständnis an die Ökologie war da schon, wenn wie bei der Wohnanlage in der Ponschabastraße, Dächer so ausgelegt wurden, dass sie später mit Solaranlagen nachgerüstet werden können. Ja, in der Ponschabastraße geht das, bei der Mittelschulturnhalle leider nicht – aber auch dann werden wir schauen müssen, dass wir die nötigen Handwerker bekommen und diese dann das nötige Material. In der Zeit, die wir die solaren Erträge derweil ungenutzt gelassen haben, hätten sich die Anlagen wohl annähernd schon amortisiert und günstiger geworden sind sie mittlerweile leider auch kaum.

Dabei würde die mittel- bis langfristige Entlastung unseres Verwaltungshaushaltes auch wunderbar Hand in Hand gehen mit dem vor Jahren beschlossenen Klimanotstand und mit unseren inzwischen angepassten Klimaschutzziele. Wir müssten nur, wie es unser Klimaschutzmanager Albert Bernstetter immer formuliert, endlich „ins Tun kommen“. Und eben das ist anscheinend nicht so leicht. Jedenfalls war eine der ersten Ideen, mit denen der Klimaschutzdialog (damals noch Energiedialog) vor 15 Jahren gestartet war, der sehr naheliegende Gedanke, einfach mal zu schauen, auf welchen städtischen Gebäuden Fotovoltaik umsetzbar wäre. Erforderliche Mittel zur Umsetzung stehen heuer wieder zur Verfügung – übrigens wie auch schon im Vorjahr, eine Umsetzung kam jedoch nicht zustande.

Und auch jetzt muss bei einigen Gebäuden zunächst noch die Statik des Daches geprüft werden – nach 15 Jahren Vorüberlegungen zeigt das zumindest, dass die Prioritäten bisher andere waren.

Immerhin haben wir jetzt schon mal eine Datengrundlage, auf die wir unsere Reduktionsziele ausrichten und wissen, in welchem Tempo Einsparungen in den kommenden Jahren folgen müssen, wenn wir das große übergeordnete Ziel erreichen wollen. Die Energie- und Treibhausgasbilanz zeigt, wo wir bei den CO₂-Äquivalenten überdurchschnittlich dabei sind und wo unterdurchschnittlich.

Wenig überraschend sind wir da z.B. auch beim Ausstoß im Bereich Verkehr deutlich über dem Bundesdurchschnitt – nämlich rund 15%. Und auch da gilt: Versäumnisse beim Klimaschutz führen zu einer überdurchschnittlichen Belastung des Verwaltungshaushalts.

Die unverantwortliche Autofixiertheit der letzten Jahrzehnte verursacht laufende Kosten, die zunehmend schwerer zu stemmen sind. Unsere Parkhäuser sowie die Parkplätze am Gries und unter der Rampe erwirtschaften ein Minus von mehr als 900.000 Euro, wobei die Kosten für die Belagsanierung in der Überfuhrstraße nur zu einem kleinen Teil wirksam werden, den Großteil der insgesamt 1,7 Millionen Euro werden wir im kommenden Jahr irgendwie einplanen müssen.

Ja, diese Maßnahme ist notwendig, um noch größere Schäden am Beton und den Bewehrungen abzuwenden. Eine Verschiebung um noch ein Jahr wäre eventuell ein kalkulierbares Risiko, wenn wir wüssten, dass der übernächste Haushalt 2025 mehr Spielraum lässt – davon ist aber nicht unbedingt auszugehen. Deshalb sind auch wir als Grüne Fraktion bereit, in diesen sauren Apfel zu beißen und tragen diese Sanierung mit. Wir werden uns aber sehr bald darüber unterhalten müssen, wie die Kosten zum einen reduziert und zum anderen stärker auf die Nutzer umgelegt werden können.

Vor allem aber zeigen die massiven Kosten für die beiden Parkhäuser eines: wenn es uns wenigstens mit der Entlastung des Verwaltungshaushaltes ernst ist und im Idealfall auch noch mit dem Klimanotstand und den Klimaschutzzielen, dann sollten wir besser jetzt als gleich sämtliche Überlegungen einstellen, die auf eine Erweiterung eines dieser Parkhäuser abzielen.

Nach Untersuchung durch das Umweltbundesamt entfallen 40-50 % der Autofahrten bundesweit auf kurze Strecken von weniger als 5 km. Im Rahmen des ISEK wurden für die Stadt Wasserburg Erhebungen gemacht, die nahelegen, dass dies auch auf unsere Stadt übertragbar ist. Ein großer Anteil des Verkehrs auf der Innbrücke ist innerstädtisch oder aus unmittelbaren Umlandgemeinden.

Sehr viele Autofahrten wären also grundsätzlich vermeidbar und ein nicht unbedeutender Anteil des privaten Pkw-Bestandes schlicht überflüssig. Es fehlt dazu allerdings noch an den richtigen Anreizen.

Und offensichtlich auch immer noch am Bewusstsein bei den handelnden Akteuren, gerade wenn es darum geht, die Alternativen zum Autoverkehr zu stärken. So scheitert eine vernünftige Busanbindung unseres neuen Klinikums ebenso an der Verweigerungshaltung des Straßenbauamtes wie eine sichere Fuß- und Radwegverbindung in unsere süd-östlichen Ortsteile und Nachbargemeinden. Und jede noch so kleine Verkehrsberuhigungsmaßnahme, die mehr Sicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer bringen könnte, muss gegen den erklärten Widerstand der Polizei durchgeboxt werden.

Zum Kosten-Nutzen-Verhältnis des Radverkehrs und des Autoverkehrs gibt es zahlreiche Studien, die in der Tendenz alle zum gleichen Ergebnis kommen: das Auto verursacht volkswirtschaftliche Kosten und eben auch finanzielle Belastungen der Kommunen. Das Fahrrad bringt volkswirtschaftlichen Nutzen und natürlich eine Entlastung der Kommunen.

Und bevor jetzt das Geschrei über die böse Verbotsparade losgeht: natürlich bleibt jedem Einzelnen immer noch die freie Wahl des Verkehrsmittels überlassen. Bei diesem massiven Kostenunterschied für die Allgemeinheit muss es aber zulässig sein, die Rahmenbedingungen so auszurichten, dass diese freie Wahl künftig verstärkt auf die sozialverträglicheren Verkehrsmittel fällt.

Und damit komme ich eigentlich schon zu den positiven Aspekten unseres Haushalts, über den wir heute entscheiden müssen. Denn natürlich könnte man jetzt noch lange ausführen, was uns vergangene Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen heute für Folgekosten verursachen.

Ich könnte auch lange drauf herumreiten, was wir möglicherweise schon seit so-und-so-vielen Jahren immer schon gesagt haben – aber man will sich ja doch von seinen Nachrednern auch unterscheiden.

Deswegen: der Haushalt 2023 ist bestimmt kein guter Haushalt, denn ein solcher böte mehr Spielraum

und mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Vor allem mehr Grund, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Aber der Haushalt ist ein ordentlicher, weil er im engen Rahmen dessen, was uns noch an Gestaltungsspielraum lässt, die richtigen Prioritäten setzt.

Denn genau das muss in den nächsten Jahren das Ziel sein: bei allen erforderlichen Einsparungen und notwendigem Verzicht sich eben nicht „kaputtzusparen“, sondern zukunftssträchtige und nachhaltige Themen trotz allem weiterzuverfolgen und denen Unterstützung zu bieten, die es am nötigsten brauchen.

Corona hat sehr viel verändert, nicht zuletzt die Gesellschaft, soziale Strukturen, das Freizeit- und Konsumverhalten. Die meisten dieser Veränderungen waren aber schon vor Corona spürbar, die Pandemie war hier also nicht Ursache für den Wandel, sondern hat eher wie ein Katalysator Vorgänge beschleunigt. Das bedeutet, dass wir nicht erwarten dürfen, dass nach dem hoffentlichen Ende von Corona nun eine automatische Rückentwicklung stattfinden wird.

Dass neben dem gesellschaftlichen Zusammenhalt jetzt auch noch unser Haushalt unter Long-Covid leidet, macht die Sache nicht einfacher – oder anders formuliert: noch herausfordernder. Und an dieser Herausforderung müssen wir als Stadtrat wachsen.

Wir investieren weiter in die Schulen und Kindergärten und passen diese an die sich ändernden Anforderungen an. Das Recht auf Ganztagesbetreuung ab 2026 fordert mehr und andere Räume in den Schulen. Die Raumkonzepte müssen entsprechend auch für die Mittagsversorgung und die Hausaufgabenbetreuung angepasst werden.

Das Recht auf einen Kitaplatz für Unter-Drei-Jährige schlägt sich auch im Haushalt nieder – mit dem Zuschuss für die Adventgemeinde und indirekt auch mit dem Bau der dort erforderlichen Linksabbiegespur, aber auch mit dem Umbau in Reitmehring. Vollständig gedeckt ist der Bedarf aber auch dann noch nicht.

Wir vertrauen außerdem auf die Zusicherung, dass der Haushalt auch Spielraum für Inklusion auch in städtischen Kitas lässt.

Und aporopos Inklusion: dass auch für die Weiterentwicklung des Spielplatzangebotes wieder Mittel zur Verfügung stehen, ist ein weiterer positiver Aspekt des Haushalts. Hoffentlich gibt es jetzt dann endlich eine umsetzbare Variante für unseren 1. inklusiven Spielplatz am Holzhofweg.

Nach Möglichkeit sollen auch die Infrastrukturen und Übungsplätze unserer Vereine, der Sportvereine und Kulturschaffenden verbessert werden. „Nach Möglichkeit“ muss aber heißen „im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die der Stadt noch verbleiben“ - und nicht „im Rahmen der sportlichen Möglichkeiten, welche die Fußballer glauben zu haben“. Das erfordert dann auch Ehrlichkeit und Offenheit gegenüber diesen Vereinen.

Richtig ist auch, dass wir weiterhin unseren Stadtbuss attraktiver machen. Mit dem überfälligen barrierefreien Ausbau weiterer Haltestellen ebenso wie mit dem natürlich umstrittenen Versuch zusätzlicher Haltestellen. Beim ÖPNV sollten wir auch den Kontakt mit unseren Umlandgemeinden suchen. Wenn, wie zu lesen ist, Edling über ein Rufbussystem nachdenkt und dabei mit Rott und Griesstätt kooperieren will, dann wäre es im Interesse aller, wenn dieses Angebot auch eine Anbindung ans Mittelzentrum Wasserburg ermöglicht und als Nebeneffekt vielleicht sogar noch bislang untererschlossene Bereiche des Stadtgebiets besser einbindet.

Und zum bereits angesprochenen Radverkehr: gemäß unseres Beschlusses vom September 2022 sind auch Mittel für ein Radverkehrskonzept vorgesehen. Darüber hinaus sollen jetzt endlich zeitgemäße und praxistaugliche Radlständer am Bahnhof in Reitmehring kommen, für die Umsetzung zumindest der dringendsten Maßnahmen aus der Mängelliste des ADFC steht Geld zur Verfügung und ein paar Grüne Anträge zur Fahrradfreundlichkeit, die teilweise schon ein paar Jahre auf dem Buckel haben,

sollen heuer zumindest mal einer Entscheidung zugeführt werden.

Das Schöne an der Radlinfrastruktur aus Haushaltssicht ist ja, dass teilweise schon mit relativ bescheidenem Aufwand spürbare Verbesserungen erreicht werden. Die Ausnahme von dieser Regel wäre der angedachte provisorische Radweg auf der gewidmeten Altstadtbahnstrecke gewesen. Hier wäre mit Millionenaufwand etwas gebaut worden, das bei normgerechtem Ausbau einen massiven Eingriff ins FFH-Gebiet verursacht hätte und eine zumindest fragwürdige Erschließungswirkung mit erheblichen Unterhaltskosten sowie geringer Ganzjahrestaughlichkeit kombiniert hätte.

Ob jemals irgendwer vorgehabt hätte, diesen Radweg tatsächlich zu bauen oder ob das jetzt nur ein Versuch war, Bahnfreunde und Radfahrer gegeneinander auszuspielen, darf angesichts ausbleibender Fördergelder dahingestellt bleiben.

Anders verhält es sich mit der Fuß- und Radwegbrücke über den Inn, irgendwo im Bereich der Kapuzinerinsel. Diese würde tatsächlich einen nachhaltigen Mehrwert bescheren, auch und gerade im Zusammenhang mit einem vielleicht irgendwann reaktivierten Bahnhof an der Rampe. Hier gehen wir genau den richtigen Weg, die Machbarkeitsstudie weiterzuverfolgen, freilich ohne in den kommenden paar Jahren an eine Umsetzung denken zu können.

Wo sollen wir also sparen im Verwaltungshaushalt? In den Vorberatungen ist da bei einigen mal wieder der Bürgerbahnhof ins Visier geraten.

Ich habe schon angesprochen, wie sehr Corona bestimmte Entwicklungen beschleunigt hat, die überwiegend nicht positiv sind. Eine der dramatischsten ist, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter geöffnet hat. Seit Pandemie-Beginn 2020 sind rund zwei Drittel des weltweiten Vermögenszuwachses auf das reichste Prozent der Weltbevölkerung entfallen. Erstmals seit 25 Jahren haben extremer Reichtum und extreme Armut gleichzeitig zugenommen. In Deutschland gilt mittlerweile jedes 5. Kind und jeder 4. junge Erwachsene als armutgefährdet.

Diese globalen und nationalen Zahlen machen sich ganz deutlich auch bei uns lokal bemerkbar. Nicht zuletzt bei der Wasserburger Tafel. Und eben bei den sozialen Angeboten im Bürgerbahnhof. Diese Leistungen sind leider aktuell dringend nötiger und sinnvoller als je zuvor. Hier gerade jetzt das Streichen anzufangen wäre fatal.

Der zweite, noch größere Streitpunkt, der sich bei den Vorberatungen aufgetan hat, ist die Stelle im Stadtmarketing, Citymanagement oder wie man das jetzt auch immer nennen mag. Und natürlich muss die Schaffung einer zusätzlichen Stelle in Zeiten wie diesen hinterfragt werden dürfen. Und deswegen lohnt es sich, die Vorgeschichte zu dieser Stelle auch nochmal vor Augen zu führen:

Die Stadt hat vor einigen Jahren, in den vor-Corona-Zeiten, die im Rückblick so heiter und sorglos wirken, mit viel zeitlichem und finanziellen Aufwand ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erarbeitet. Und weil die Zeiten schon damals gar nicht mehr so heiter und sorglos waren, wie wir im Rückblick glauben, war damals viel von Strukturwandel die Rede.

Eine der ganz zentralen Handlungsempfehlungen war dabei die Einrichtung eines Altstadtmanagements als (Zitat:) grundlegende Voraussetzung für eine kontinuierliche, standortbezogene und akteursübergreifende Angebots- und Produktentwicklung sowie zur standortbezogenen Vermarktung der Altstadt. (Zitat Ende)

Zum verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern gehört auch, dass man das Ergebnis eines so aufwändigen Prozesses wie dem ISEK nicht in der Schublade verstauben lässt, sondern ernsthaft in Angriff nimmt. Weil jetzt aber nach unserem Eindruck viel über einen Citymanager geredet wurde, die Vorstellungen über dessen Aufgaben recht weit auseinandergingen, haben wir als Grüne Fraktion Anfang 2019 den Antrag gestellt, ein Anforderungs- und Aufgabenprofil zu erarbeiten und daraus eine Stellenbeschreibung abzuleiten. Wohlgermerkt, ohne dass wir damals selbst restlos davon überzeugt

waren, dass dies die Lösung aller Probleme wäre. Uns ging es hauptsächlich darum, dass auch alle über das gleiche reden, wenn sie „Citymanagement“ sagen.

Diese Ausarbeitung des Anforderungsprofil wurde dann schon durch Corona ausgebremst und fand wiederum unter Einbindung zahlreicher Akteure aus Wirtschaft, Ehrenamt, Verwaltung, Kommunalpolitik und Kultur statt. Das Faszinierende war, dass sich aus dem Workshop dann zwar kein finales Aufgabenprofil ergeben hat – das haben der Konrad Doser und die Andrea Aschauer dann im Nachgang in kleiner Runde erledigt - dafür aber der Sinn eines solchen Stadtmanagements überdeutlich klar geworden ist.

Bereits dieser Prozess hat eine ungeheure Energie freigesetzt, auch weil hier Leute miteinander, statt bevorzugt übereinander geredet haben. Und schon aus diesem Workshop ist einiges entstanden, z.B. ein regelmäßiger Austausch in Form eines Ideenstammtischs.

Gleichzeitig merkt man aber auch jetzt schon, dass dieser Austausch kein Selbstläufer ist. Er braucht regelmäßigen Anschlag, Input und Begleitung, wenn er zielführend sein und für die Stadt wirklich was bewegen soll. Dann aber bietet die Verknüpfung und Unterstützung der unterschiedlichen lokalen Akteure eine ungeheure Chance für unsere Stadt.

Unsere Gesellschaft und unsere Städte verändern sich von je her, nur eben manchmal – so wie jetzt - besonders schnell. Man kann diesen Wandel beklagen, man kann ihn bedauern, aber man kann ihn nicht aufhalten. Man kann nur versuchen, den Wandel aktiv mitzugestalten, die negativen Folgen abzufedern und die Chancen zu nutzen.

Diese neu geschaffene Stelle ist darum nach unserer Überzeugung wichtiger denn je. Sie jetzt aufgrund der aktuellen Haushaltssituation einzusparen, wäre, als würde eine Firma in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zuallererst die Abteilungen Forschung und Entwicklung sowie das Marketing wegrationalisieren. Das kann man so machen, es wird aber nicht gutgehen.

Dass wir bei allen finanziellen Schwierigkeiten den Mut und die Weitsicht haben, den geringen finanziellen Spielraum für die angesprochenen zukunftssträchtigen Projekte zu nutzen, ermöglicht es uns als Fraktion, der Haushaltssatzung in der vorgelegten Fassung sowie dem Haushaltsplan der Stadt Wasserburg und der Heiliggeist-Spitalstiftung zuzustimmen, verbunden mit unserem Dank an die Verwaltung und ganz besonders unserem Kämmerer. Und verbunden mit dem Versprechen, künftig noch viel lästiger zu werden, was die Umsetzung dieser zukunftsreichen Projekte angeht.

Für den Wirtschaftsplan der Stadtwerke darf ich an die Werkreferentin übergeben.